

Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/09/2011

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am 12.12.2011,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 22:05 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Werner Bandick

Stadtverordnete

Frau Carola Behr
Herr Thomas Bellizzi
Frau Sabrina Bosse
Frau Marion Clasen
Herr Christian Conring
Herr Uwe Grassau
Herr Rolf Griesenberg
Herr Jörg Hansen außer TOP 9 tlw.
Herr Dieter Heidenreich
Frau Anna-Margarete Hengstler
Herr Dr. Ernst-Jürgen Hoffmann
Frau Nina Holers
Herr Tobias Koch
Herr Wolfgang König
Herr Dirk Langbehn außer Top 9 tlw.
Herr Detlef Levenhagen
Frau Monja Löwer außer TOP 9 tlw.
Herr Horst Marzi außer TOP 9 tlw.
Herr Hartmut Möller
Frau Susanne Philipp-Richter
Herr Bela Randschau
Herr Steffen Rotermundt ab TOP 3
Herr Hinrich Schmick
Frau Karen Schmick
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Herr Matthias Stern
Frau Doris Unger
Frau Birte Voss
Herr Roland Wilde
Frau Petra Wilmer

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Lisa Brauner

Kinder- u. Jugendbeirat bis TOP
12

Herr Klaus Butzek

Seniorenbeirat bis TOP 12

Verwaltung

Herr Michael Sarach

Bürgermeister

Frau Angelika Andres

bis TOP 12

Frau Gabriele Fricke

Herr Horst Kienel

Referendarin

Frau Jana Liebau

Frau Meike Niemann

bis TOP 8

Herr Peter Röckendorf

Herr Robert Tessmer

Herr Thorsten Jahncke

Frau Birgit Reuter

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Frau Doris Brandt

Herr Rafael Haase

Frau Martina Strunk

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
3. Festsetzung der Tagesordnung
4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 8/2011 vom 21.11.2011
5. Bericht des Bürgermeisters
 - 5.1. Finanzbericht
 - 5.2. Infobroschüre "Ein Schloss für Bürger - Bürger für das Schloss"
6. Erlass der Haushaltssatzung 2012 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2012 - **2011/125**
7. Antrag der CDU-Fraktion - Haushalt 2012 - Reduzierung div. Haushaltsansätze um 15 % **AN/079/2011**
8. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 **2011/121**
9. Behandlung der in der Einwohnerversammlung am 29.11.2011 gestellten und mit der erforderlichen Mehrheit abgestimmten Anregungen **2011/158**
10. Finanzierung der Stiftung Schloß Ahrensburg **2011/148**
 - Kenntnisnahme des Jahresabschlusses 2010
 - Teilumwidmung der Zustiftung in einen Zuschuss für 2011
11. Außerplanmäßige Mittelbereitstellung für die Fertigstellung der Erschließungsanlagen im Bereich der Gewerbegebietserweiterungsfläche Beimoor-Süd (Bebauungsplan 82) **2011/150**
12. Grundsatzbeschluss zum Verfahren - Lindenhof -, Flurstück 394 **2011/154**
 - Beschluss für die Ausschreibung eines Interessenbekundungsverfahrens für das "Lindenhof"Areal-
 - a b g e s e t z t -

4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 8/2011 vom 21.11.2011

Einwände gegen die Niederschrift werden nicht erhoben.

5. Bericht des Bürgermeisters

5.1. Finanzbericht

Bürgermeister Sarach stellt den als **Anlage** beigefügten Finanzbericht vor. Die Entwicklung der Liquidität ist nach wie vor erfreulich. Allerdings muss mit diesem Bestand auch die Zeit bis zum nächsten Steuertermin überbrückt werden.

5.2. Infobroschüre "Ein Schloss für Bürger - Bürger für das Schloss"

Bürgermeister Sarach berichtet, dass in der 51. KW 2011 die Informationsbroschüre „Ein Schloss für Bürger – Bürger für das Schloss“, in der Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten des Schlosses umfänglich dargestellt werden, erscheint. Die Broschüre ist im Internet unter der Homepage des Schlosses bereits veröffentlicht. Ein Bürger der Gemeinde Großhansdorf war von dem Angebot so überzeugt, dass er in der letzten Woche angekündigt hat, einen Betrag für die Aufstockung der Stiftung in Höhe von 100.000 € zu leisten.

6. Erlass der Haushaltssatzung 2012 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2012 -

Stadtverordneter Wilde bedankt sich bei der Verwaltung für die Beantwortung der zahlreichen Fragen zum Stellenplan. Anschließend stellt er folgende Anträge:

1. Die vom Hauptausschuss abgelehnte neue Stelle 228/2012 „Verwaltungsangestellte/r Volkshochschule“ wird wieder in den Stellenplan aufgenommen. Bei Ablehnung dieser Stelle würde in der VHS ein sozialer Härtefall unter Berücksichtigung der bestehenden Situation geschaffen werden.
2. Die neu eingerichtete Stelle 38/2012 „Datenschutzmitarbeiter“ mit 0,25 Stellenanteilen (9,75 Wochenstunden) wird gestrichen. Der Datenschutz sei zwar wichtig, sollte jedoch durch interne Umorganisation wahrgenommen werden.
3. Der Einstufung der Stelle 48/2012 „Magistratsdirektor/in“ von A 15 nach A 16 wird zugestimmt. Die Anhebung der Besoldung für den Stellenplatzinhaber bedarf jedoch der Zustimmung des Hauptausschusses. Die angestrebten organisatorischen Veränderungen im Rathaus stehen an, die Höherstufung sollte als Perspektive und nicht als sofortige Umsetzung verstanden werden. Benötigt werde eine funktionierende Verwaltung mit Fachdiensten ohne einen üppigen organisatorischen Oberbau.

Stadtverordnete Löwer kann prinzipiell den Antrag von Stadtverordneten Wilde folgen, trägt jedoch den Antrag auf Streichung der Stunden für einen Datenschutzmitarbeiter von 9,75 Stunden nicht mit.

Stadtverordneter Möller weist darauf hin, dass die Vorlage 2011/125/1 nicht als Empfehlung des Hauptausschusses aufgefasst werden könne, da der Hauptausschuss die Anhebung der Stelle von A 15 auf A 16 nicht beschlossen habe. Die Beratung der Anhebung der Stelle sollte dementsprechend im Hauptausschuss nachgeholt werden. Bei dem Datenschutz handele es sich um keine Aufgabe, die der Fachbereichsleiter „mitmachen“ könne, sondern es bedarf einer qualifizierten Fachkraft. Die Einrichtung der Stelle 228/2012 lehnt er ab.

Stadtverordneter Koch stellt den Antrag, über die verschiedenen Stellen im Antrag der CDU-Fraktion einzeln abzustimmen, da diese keinen direkten Zusammenhang haben und unterschiedliche Abstimmungsverhalten möglich seien.

Stadtverordneter Schmick lehnt im Namen der WAB-Fraktion die Anhebung der Stundenanteile von 9,75 Stunden für die Stelle des Datenschutzbeauftragten ab. Der Datenschutz sei sehr umfangreich und sei für ein kleines „Unternehmen“ wie die Stadt Ahrensburg nicht tragbar, stattdessen sollte die Unterstützung von Externen eingeholt werden.

Bürgermeister Sarach führt aus, dass der Fachbereich III ein funktionsfähiger Fachbereich war, an dem es nichts auszusetzen gab, was die inhaltlichen Qualifikationen und Arbeiten angeht, aber aufgrund von höheren Zwängen der Haushaltskonsolidierung eine Auflösung des Fachbereiches mit dem Wegfall der Fachbereichsleiterstelle erforderlich sei. In der Konsequenz sollte durch die Mehrbelastung des Fachbereichsleiters II eine Anhebung der Planstelle erfolgen. Die Aufgabenübertragung ist zum 01.01.2012 vorgesehen. Die Ausschöpfung der Beförderungsmöglichkeit von A 15 auf A 16 ist nur mit Zustimmung des Hauptausschusses möglich.

Stadtverordneter Bellizzi weist darauf hin, dass mit der Änderung der Struktur im Rathaus eine schlanke Verwaltung mit weniger Personalausgaben verbunden sei. Er beantragt, die A 16 so zu beschließen, wie sie in der Vorlage vorgesehen ist ohne vorherige Absprache durch den Hauptausschuss. Unter Berücksichtigung vorangegangener Vorkommnisse im Hinblick auf den Datenschutz weist er auf die Erforderlichkeit der Bereitstellung von 9,75 Stunden für einen Datenschutzmitarbeiter hin.

Stadtverordnete Wilmer stellt folgende 2 Änderungsanträge der SPD-Fraktion zum Antrag der CDU-Fraktion AN/099/2011 wie folgt, und zwar

1. Die Stelle 48/2012 bleibt A 15. Zunächst sollte eine Probephase stattfinden mit der Prüfung, ob die geplante Organisationsform optimal sei, sodass ggf. auch die Möglichkeit einer „Rückorganisation“ bestehe.
2. Die Stelle 228/2012 wird auf zwei Jahre befristet, um die weitere Entwicklung abzuwarten.

Stadtverordneter Koch beantragt eine Unterbrechung der Sitzung um 10 Minuten.

Nach Unterbrechung der Sitzung wird wie folgt abgestimmt:

1. Änderungsantrag der Stadtverordneten Wilmer im Namen der SPD-Fraktion zum Antrag der CDU-Fraktion AN/099/2011

„Die Stelle 48/2012 bleibt A 15.“

| | |
|-----------------------------|-----------------------|
| Abstimmungsergebnis: | 8 dafür |
| | 20 dagegen |
| | 3 Enthaltungen |

Der Antrag ist somit abgelehnt.

2. Antrag des Stadtverordneten Wilde im Namen der CDU-Fraktion:

„Der Einstufung der Stelle Nr. 48/2012 „Magistratsdirektor/in“ von A 15 nach A 16 wird zugestimmt. Die Anhebung der Besoldung für den Stellenplatzzinhaber bedarf jedoch der Zustimmung des Hauptausschusses.“

Abstimmungsergebnis: **22 dafür**
 3 dagegen
 6 Enthaltungen

Der Antrag ist somit angenommen.

3. Antrag des Stadtverordneten Wilde im Namen der CDU-Fraktion:

„Die neu eingerichtete Stelle 38/2011 „Datenschutzmitarbeiter/in“ mit 0,25 Stellenanteilen (9,75 Wochenstunden) wird gestrichen.“

Abstimmungsergebnis: **15 dafür**
 15 dagegen
 1 Enthaltung

Der Antrag ist somit abgelehnt.

4. Antrag des Stadtverordneten Wilde im Namen der CDU-Fraktion:

„Die vom Hauptausschuss abgelehnte neue Stelle 228/2012 „Verwaltungsangestellte/r VHS“ wird wieder in den Stellenplan aufgenommen.“

Abstimmungsergebnis: **22 dafür**
 7 dagegen
 2 Enthaltungen

Der Antrag ist somit angenommen.

5. Antrag der Stadtverordneten Wilmer im Namen der SPD-Fraktion:

„Die Stelle 228/2012 wird auf 2 Jahre befristet.“

Abstimmungsergebnis: **26 dafür**
 4 dagegen
 1 Enthaltung

Dem Antrag wurde somit zugestimmt.

Anschließend wird der Vorlage Nr. 2011/125/1 mit oben genannten Änderungen zugestimmt.

**7 Antrag der CDU-Fraktion - Haushalt 2012 - Reduzierung AN/079/2011
div. Haushaltsansätze um 15 %**

Da die Ansätze bereits in der 3. Änderungsliste zur Vorlage 2011/121 berücksichtigt worden sind, wird der Antrag zurück genommen.

8. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012

Stadtverordneter Bellizzi verweist den Antrag der FDP-Fraktion „Künstlerischer Wettbewerb Klaus-Groth-Straße“ in die Fachausschüsse.

Der Antrag AN/096/2011 von Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird wegen bereits erfolgter Berücksichtigung der Ansätze durch die Verwaltung in der Veränderungsliste zurück genommen.

In der anschließenden Diskussion wird unter anderem einerseits hervorgehoben, dass sich Verwaltung und Politik auf einem konstruktiven Weg der Fortführung der Haushaltskonsolidierung befinden, ohne dass die Bürger durch zusätzliche Erhöhung der Grundsteuern A und B bzw. durch Hundesteuern belastet werden bei gleichzeitiger Reduzierung der Ausgaben. Andererseits wird kritisiert, dass durch nicht erfolgte Unterhaltungsmaßnahmen von Straßen und Bauwerken langfristig ein erheblicher Sanierungsstau entstehe.

Stadtverordnete Wilmer beantragt im Namen der SPD-Fraktion, die Gebührenpflicht für die Parkplätze an der Alten Reitbahn aufzuheben (AN/092/2011). Die Gebührenpflicht führe zu einem schlechten Image für die Stadt Ahrensburg, ein Rückgang der Kaufkraft in der Innenstadt, zusätzliche Personalkosten, zusätzliche Kosten für Parkscheinautomaten und schlechtere Lebensqualität für die Anwohner.

Stadtverordneter Hansen beantragt im Namen von Bündnis 90/Die GRÜNEN, beim Produktsachkonto 54100.0900029 die Planungskosten „Entlastungsstraße Nord“ Alt 250.000 € auf Neu 0 € zu reduzieren. Darüber hinaus beantragt er im Namen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Erhöhung des Radverkehrskonzeptes (Produktsachkonto 541000.900031) um 50.000 € auf 100.000 €.

Stadtverordnete Behr beantragt im Namen der CDU-Fraktion, AN/097/2011, in den Haushalt 2012 50.000 € Planungskosten zur Erneuerung der Hagener Allee neu einzustellen. Die Präsentation des Straßenzustandsberichtes lasse aus Sicht der CDU-Fraktion keine weitere Verschiebung von Deckenerneuerung der Straßen oder Erneuerung von Straßen mehr zu. Die Hagener Allee stehe auf der Prioritätenliste ganz weit oben. Da hier die Planungsarbeiten zum Großteil bereits erfolgt seien, werden mit der Summe von nur 50.000 € die restlichen Planungen und eine Winterausschreibung ermöglicht. Die Deckung erfolgt durch Kreditaufnahme.

Nach eingehender Diskussion wird wie folgt abgestimmt:

1. Antrag des Stadtverordneten Hansen im Namen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN: „Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Erhöhung der Umsetzung des Radverkehrskonzeptes (Produktsachkonto 541000.900031) um 50.000 € auf 100.000 €. Deckungsvorschlag ist die Aufnahme eines Kredites.“

Abstimmungsergebnis: **15 dafür**
 14 dagegen
 2 Enthaltungen

Dem Antrag wurde somit zugestimmt.

2. Antrag des Stadtverordneten Hansen im Namen von Bündnis 90/Die GRÜNEN: „Reduzierung der Planungskosten Entlastungsstraße Nord von Alt 250.000 € auf Neu 0 € beim Produktsachkonto 54100.0900029.

Abstimmungsergebnis: **13 dafür**
 15 dagegen
 3 Enthaltungen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

3. Antrag der Stadtverordneten Wilmer im Namen der SPD-Fraktion: „Die Gebührenpflicht für die Stellplätze an der Alten Reitbahn wird aufgehoben“.

Abstimmungsergebnis: **11 dafür**
 17 dagegen
 3 Enthaltungen

Der Antrag ist somit abgelehnt.

4. Antrag der Stadtverordneten Behr im Namen der CDU-Fraktion, AN/097/2011: „In den Haushalt 2012 werden 50.000 € für Planungskosten zur Erneuerung der Hagener Allee neu eingestellt. Die Deckung erfolgt durch Kreditaufnahme.“

Abstimmungsergebnis: **22 dafür**
 6 dagegen
 3 Enthaltungen

Der Antrag ist somit angenommen.

Anschließend wird über den Beschlussvorschlag der Vorlage 2011/121 unter Berücksichtigung der vorliegenden 3. Änderungsliste und der vorgenannten Änderungen abgestimmt:

Abstimmungsergebnis: **20 dafür**
 10 dagegen
 1 Enthaltung

Dem Beschlussvorschlag wurde somit zugestimmt.

9. Behandlung der in der Einwohnerversammlung am 29.11.2011 gestellten und mit der erforderlichen Mehrheit abgestimmten Anregungen

— Anregung von Frau Tammena

Bürgervorsteher Bandick weist darauf hin, dass Frau Tammena in der Sitzung des Hauptausschusses am 05.12.2011 und der Einwohnerversammlung die öffentliche Distanzierung der Stadtverordneten gegen Extremismus und Gewalt in Form einer Resolution angeregt hat. Der Hauptausschuss hat daher empfohlen, eine entsprechende Resolution nach Abstimmung der Stadtverordneten in den Fraktionssitzungen, ggf. in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu verabschieden.

Stadtverordneter Bellizzi berichtet, dass sich die vorgelegte Resolution gegen Rechtsextremismus jeglicher Art und Gewalt richtet und beantragt, der Resolution zuzustimmen.

Einerseits wird darauf hingewiesen, dass die Verabschiedung der entsprechenden Resolution in der Stadtverordnetenversammlung bereits überfällig sei und insofern eine Erklärung der Resolution in dieser Sitzung erfolgen sollte, andererseits wird die Auffassung vertreten, dass die Beratung über den Inhalt der Resolution in den Hauptausschuss verwiesen werden sollte, da die vorgelegte Resolution nicht den Wunsch der Einwohnerversammlung wiedergebe.

Stadtverordneter Schmick beantragt, Absatz 2 des Entwurfes der Resolution zu streichen.

Stadtverordnete Holers stellt schriftlich den als **Anlage** beigefügten Antrag zu Stadtverordnetenversammlung.

Nach eingehender Diskussion über die Empfehlung der Vorlage Nr. 2011/158 mit der Maßgabe der Behandlung der Anregung der Frau Tammena im Hauptausschuss wird wie folgt abgestimmt:

„Die Anregung von Frau Tammena, dass die Stadt sich von rechtsextremistischen Aktivitäten und Gewalt distanziert, wird an den Hauptausschuss verwiesen.“

| | |
|-----------------------------|-----------------------|
| Abstimmungsergebnis: | 10 dafür |
| | 18 dagegen |
| | 3 Enthaltungen |

12. Grundsatzbeschluss zum Verfahren - Lindenhof -, Flurstück 394
- Beschluss für die Ausschreibung eines Interessenbekundungsverfahrens für das "Lindenhof" Areal-
- **a b g e s e t z t** -

- **a b g e s e t z t** -

gez. Werner Bandick
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin